

2013-01-23

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 28.11.2012

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:15 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen Dr.

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Beratung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses, **Herr OB Koschig**, eröffnet, die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 8 Mitglieder) festgestellt.

#### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde geändert - Absetzung des TOP 7.4 - beschlossen.

#### **3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 24.10.2012 traf der Ausschuss eine **Personalentscheidung** im nichtöffentlichen Teil zur **Ernennung des Amtsleiters des Rechnungsprüfungsamtes**. Diese Entscheidung sei jedoch noch nicht vollzogen, ergänzte Herr Koschig seine Information.

#### **4 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

Es gab keine Eilentscheidungen.

## 5 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr OB Koschig** teilte mit, dass lt. einem gestern eingegangenen Schreiben des Deutschen Städtetages die Stadt Dessau-Roßlau zwei stimmberechtigte Abgeordnete und zwei Gäste zur 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages entsenden kann. Die Hauptversammlung findet vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main statt.

Die Wahl der beiden Abgeordneten soll in der Sitzung am 12. Dezember aus den Reihen der Stadträte unter Berücksichtigung der Fraktionsstärke erfolgen, ebenso die Entscheidung der Teilnahme als Gäste. Die anwesenden Vertreter der Fraktionen bzw. die Fraktionsvorsitzenden werden daher gebeten, dem Büro des Stadtrates bis spätestens 11. Dezember 2012 ihre Vorschläge mitzuteilen.

## 6 Beschlussfassungen

### 6.1 Änderung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst (Gebührensatzung) Vorlage: DR/BV/353/2012/II-37

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

### 6.2 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe - Rückerstattung des überzahlten Zusatzbetrages für die Schülerbeförderung an das Landesverwaltungsamt Vorlage: DR/BV/354/2012/V-40

Die Genehmigung der außerplanmäßigen Ausgabe wurde einstimmig erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

### 6.3 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Defizitausgleich des Eigenbetriebes DeKiTa aus dem Jahresabschluss 2011 und Defizitausgleich 2012 Vorlage: DR/BV/366/2012/V-51

Es erfolgte der Hinweis auf das neu ausgereichte Deckblatt zur Vorlage mit dem konkretisierten Beschlussvorschlag.

Auf Anfrage gab **Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes**, eine kurze Einführung. Sie erläuterte, an der Gesamtsumme insgesamt habe sich nichts geändert, sondern lediglich, dass 85.816,83 EUR dem Eigenbetrieb als offene Forderung für das Jahr 2013 erhalten bleiben, da die Ausgabe in 2012 nicht mehr getätigt werden kann.

Die Vorlage wurde einstimmig befürwortet.

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

#### 6.4 Anerkennung des Quorums zum Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/369/2012/Linke

**Herr Schönemann** legte u. a. dar, dass das Interesse der Bürger am Bürgerhaushalt lt. dem Ergebnis der Umfrage sehr eindrucksvoll war. Das erreichte Quorum sollte entsprechend gewürdigt und durch den Stadtrat anerkannt werden. Insofern schlage die Fraktion vor, den Prozess des Bürgerhaushaltes fortzuführen und ihn für das Jahr 2014 entsprechend vorzubereiten und auszugestalten.

Auf die Anmerkung von **Herrn Tonndorf**, es müsste zunächst ein Ratsbeschluss außer Kraft gesetzt werden, erklärte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass das Quorum nie Bestandteil der Beschlusslage war. **Oberbürgermeister Koschig** erklärte, man wollte mit den 10 % lediglich eine gewisse statistische Sicherheit erreichen, einen repräsentativen Querschnitt zu bekommen.

Die Fraktion Pro Dessau-Roßlau habe sich verständigt, die Vorlage nicht zu unterstützen, informierte **Herr Bönecke**. Bereits bei der Beschlussfassung zur Umfrage habe man bezweifelt, ob die 10 % einen repräsentativen Querschnitt abbilden können. Nun wurden nicht einmal diese 10 % erreicht, obwohl eine relativ einfache Form gewählt wurde. Dies müsse berücksichtigt werden, wenn man bedenkt, dass es um tiefgreifende Probleme gehen wird, womit umfangreiche Informationsarbeit verbunden ist, nicht nur von Seiten des Rates, sondern auch der Bürger müsse sich entsprechend informieren. Herr Bönecke gehe davon aus, dass das Quorum noch weiter absinken wird. Deshalb sehe er den Aufwand als nicht angemessen an.

**Herr Ehm** erklärte, die CDU-Fraktion befindet sich noch im Meinungsbildungsprozess und die Vorlage stehe am nächsten Montag auf der Tagesordnung der Fraktionssitzung. Deshalb **beantrage** er, diese **Beschlussfassung zu verschieben**. Seine persönliche Auffassung sei, man beschließe seit 20 Jahren einen Bürgerhaushalt, da man seit reichlich 20 Jahren einen frei gewählten Stadtrat hat, der im Auftrag der Bürger diese Stadt regiert und jedes Jahr einen Haushalt beschließt, der bisher immer genehmigt wurde.

Da sich gerade der Landtag mit der Kommunalverfassung beschäftige, betonte **Herr OB Koschig**, dass der § 44 bezüglich der Hoheit des Stadtrates zur Beschlussfassung des Haushaltes aufrecht erhalten wird.

Er unterstütze den Antrag entsprechend der Beschlussvorlage, führte **Herr Eichelberg** aus. Man versuche, die Bürger mitzunehmen und ihnen die Politik nahe zu bringen. Hier gebe es die Chance dazu, die 7 % sehe er als Anfang.

Aus den von Herrn Ehm beschriebenen Gründen werde sich die CDU heute bei der Abstimmung der Stimme enthalten, merkte **Herr Kolze** an. Bereits jetzt könne er sagen, dass die CDU skeptisch sei, ob das berechtigte Anliegen, zu mehr bürgerlichem Engagement zu kommen, damit erfüllt würde. Das Problem sei letztendlich, wenn die Bürger regelmäßig um Entscheidungen gebeten würden, könne es passieren, dass sich je nach Interessenlage die Zahl der Beteiligung nach unten korrigiert.

Die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen unterstütze den Antrag der Fraktion Die Linke, erklärte **Herr Dr. Weber**. Wenn der Einreicher die Vorlage zurückzieht, um der CDU-

Fraktion die Möglichkeit zu geben, intern Diskussionsprozesse abzuschließen, sei es seine Entscheidung.

An Herrn Bönecke gewandt, führte **Herr Schönemann** aus, sicherlich könne man es so transportieren. Bei dem Prozess der Beteiligung der Bürgerschaft an der Gestaltung eines Haushaltes befinde man sich ganz am Anfang. Gemäß Gemeindeordnung heble man die Kompetenzen eines Rates nicht aus. Einzig gebe es einen Mehraufwand im Rahmen der Diskussion, um die Prioritäten entsprechend zu setzen. Insofern müsse man sich fragen, ob man sich einem solchen Diskussionsprozess in der jetzigen Zeit, wo es ehemals zu größerer Bürgerbeteiligung kommt, stellen will. Er denke gerade an solche Dinge wie in Baden-Württemberg, wo man über solche Dinge nachgedacht hat. Insofern sehe er die Argumentation von Herrn Bönecke nicht unbedingt als Widerspruch, um dagegen zu stimmen. Es gehe um eine neue Qualität der Beteiligung der Bürger, die Leute wollen sich zu bestimmten Dingen stärker einbringen. Wenn bestimmte Dinge deutlich in die Öffentlichkeit transportiert werden, dass sie auch verstanden werden, sehe Herr Schönemann auch keine Gefahr, dass das Ganze kontraproduktiv sein sollte.

**Herr Bönecke** betonte, man stimme nicht unbedingt dagegen, man trage sie nur nicht mit.

Es gehe nicht um Aufwand, Verwaltung sei immer Aufwand, entgegnete **Herr Kolze** an Herrn Schönemann gerichtet. Man müsse insgesamt in dem Prozess, in dem Themen transportiert werden, aufpassen, nicht Enttäuschungen zu produzieren. Letztendlich wird immer der Stadtrat über alle haushaltsrelevanten Dinge zu entscheiden haben. Er wolle den Prozess nicht bremsen, aber man muss es mit aller Sorgfalt angehen. Wenn Hoffnungen nicht erfüllt werden, könne es sich auch umkehren, dass die Leute sagen, sie hätten mitgearbeitet und am Ende gehe es doch nicht. Deshalb müsse von Beginn an gesagt werden, wo es nicht geht, darüber müsse man sich einig sein.

Letztendlich, so verfare sicher nicht nur die CDU-Fraktion, wenn es um den Haushalt geht, hole sich jede Fraktion die Kompetenz von außen, die sie nicht selbst hat. Und das sind die Bürger unserer Stadt aus allen Bereichen. Die Bürgerbeteiligung werde also dem Grunde nach schon praktiziert, es heiße nur nicht so und ist nicht institutionell.

Man wolle, dass der Bürger mitwirkt, betonte **Herr Eichelberg**. Er denke, man sollte ihm nicht die Kompetenz absprechen, dass er nicht erkennt, dass er es letztendlich nicht entscheiden kann. Aber es ist schon von Vorteil, wenn es der politische Raum versucht, die Meinung von den Bürgern einzuholen. Man sehe doch, dass es eine Politikverdrossenheit und -müdigkeit gibt.

Gerade dies sei der Punkt, gab **Herr Bönecke** zu bedenken. Wenn man den Mitnahmeeffekt erzeugt und dann gezwungen ist, aus formalen oder finanziellen Gründen die Entscheidung anders zu treffen, erhöht man unter Umständen eher die Politikverdrossenheit.

**Herr OB Koschig** erklärte, er halte den Rücklauf bei der Aktion auch für sehr respektabel, aber richtig sei auch, was Herr Bönecke sagte, wie gehe man damit um. Auf Platz 1 stehe mit großem Abstand die Öffentliche Sicherheit und Ordnung, man müs-

se also eigentlich neue Feuerwehrautos kaufen und Politessen einstellen. Vermutlich stecken andere Beweggründe der Bürger dahinter. Wir sind z. Z. in der Kulturentwicklungsplanung und die Kultur mit dem Theater liegt auf Platz 5.

Ein Stück weit folge man der Intention der Bürger schon, betonte **Herr Schönmann**, bisher war schon immer auch der Schwerpunkt die Ordnung und Sicherheit.

Man rede schon geraume Zeit über den Bürgerhaushalt, führte **Herr Pätzold** aus. Im Moment diskutiere man s. E. aber den dritten vor dem vierten Schritt. Das Quorum gebe Hoffnung, dass die Bürger auch mitarbeiten. Aber man habe auch noch etwas Zeit. Das Jahr 2013 sei das Jahr der Doppikeinführung. Als Ziel wurde das Jahr 2014 gesetzt und es gibt immer noch Diskussionsbedarf wie es angegangen werden soll und wir müssen im Bürgerhaushalt nicht jede Haushaltsstelle zur Diskussion stellen. Herr Pätzold stimme aber dafür, dass in dieser Richtung weitergearbeitet wird.

Wir müssen in den Bürger hineinhören, was er möchte, merkte **Herr Eichelberg** an. Wenn man dies nicht mehr tut, müssen irgendwann die Konsequenzen getragen werden, spätestens, wenn die nächsten Wahlen anstehen. Dass man nicht alles 1:1 umsetzen kann, sei ohnehin klar.

**Herr Dr. Weber** gab zu bedenken, seine Partei wäre bei der letzten Kommunalwahl froh gewesen, wenn sie 7 % erreicht hätte. Er sehe diese 7 % schon als ein sehr eindeutiges Ergebnis. Man müsse etwas Parteipolitik machen: „Von den Grünen lernen, heißt auch siegen lernen.“ Es sei die einzige Partei, die einen Zuwachs hat und ganz stark die direkte Beteiligung in den Vordergrund stellt. Das sei s. E. schon etwas, was die Bürger wollen. Deshalb werbe er auch für den Bürgerhaushalt und dafür, ihn voranzubringen.

Nach Abschluss der Aussprache brachte **Herr OB Koschig** den Vertagungsantrag von Herrn Ehm zur Abstimmung. Dieser wurde bei Stimmengleichheit (4:4) abgelehnt.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte mehrheitlich der Vorlage zu.

**Abstimmungsergebnis:** 4:0:5

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **11 Schließung der Sitzung**

**Herr Oberbürgermeister Koschig** stellte Öffentlichkeit her und schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 23.01.13

---

Oberbürgermeister Klemens Koschig  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer  
Schriftführerin